

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

02.03.2021

AfD-Fraktion fordert Untersuchungsausschuss in Sachen Maskenbeschaffung

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein steht derzeit im Verdacht, bis zu 660.000 Euro an Provision für den erfolgreichen Geschäftsabschluss der Firma Emix mit dem Bund sowie dem Freistaat Bayern erhalten zu haben. Ebenso soll Andrea Tandler, Tochter des ehemaligen CSU-Politikers Gerold Tandler, als Lobbyistin an diesem Geschäft beteiligt gewesen sein. Den entscheidenden Kontakt soll hierbei die Strauß-Tochter und CSU-Abgeordnete im EU-Parlament Monika Hohlmeier gelegt haben. Alfred Sauter, Mitglied des bayerischen Landtages, war nach eigener Aussage als Anwalt in die Angelegenheit verwickelt.

Der bundespolitische Sprecher und Mitglied des AK 3 Wirtschaft der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, sagt hierzu:

„Die aktuelle Situation rund um die Maskenbeschaffungen hat eine neue Qualität erfahren und kann vom Landtag nun nicht mehr ignoriert werden.

Als AfD-Fraktion fordern wir daher die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, in welchem alle offenen Fragen sowohl zu den handelnden Personen als auch zu den Umständen dieser Vorgänge und den möglicherweise geflossenen Geldern zur Sprache kommen und dann lückenlos aufgeklärt werden müssen.

Die Verstrickungen der Regierungspolitiker reichen von der Bundesebene bis zum Bayerischen Landtag, daher müssen die Abgeordneten die parlamentarische Möglichkeit erhalten, Transparenz in diese dubiosen Machenschaften zu bringen.

Wir hoffen nun sehr, dass auch die übrigen Landtagsfraktionen diesem Antrag zustimmen werden, damit wir die für einen solchen Untersuchungsausschuss notwendigen 20 Prozent der Abgeordneten zusammenbekommen, und sich nicht von parteipolitischem Kalkül auf Kosten der Bürger Bayerns leiten werden lassen.“